

Titel: Solidarität nach innen leben, gemeinsames Bekenntnis zur  
Verantwortung füreinander  
Ortsverein: Mitte-Nord

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Die SPD Frankfurt am Main setzt sich im Prozess zur Erarbeitung des neuen SPD-Grundsatzprogramms dafür ein, die innerparteiliche Solidarität und die Verantwortung der Partei und ihrer Mitglieder füreinander ausdrücklich zu verankern.

Hierzu wird folgender Programmtext vorgeschlagen:

„Solidarität prägt unseren Umgang miteinander. Als Partei und als Mitglieder übernehmen wir Verantwortung füreinander. Wir stehen jederzeit und in jeder Situation an der Seite unserer Mitglieder, wenn ihre Menschenwürde, ihre persönliche Sicherheit oder ihre demokratischen und satzungsmäßigen Rechte verletzt oder bedroht werden.

Diese Solidarität gilt allen Mitgliedern gleichermaßen, insbesondere unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, Alter und sozialer Stellung. Sie gilt ebenso unabhängig davon, ob ein Mitglied ein Parteiamt oder Mandat innehat oder einer innerparteilichen Mehrheit oder Minderheit angehört.

Wir treten Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung sowie Einschüchterung, Bedrohungen und Gewalt entschieden entgegen, besonders auch innerhalb der eigenen Partei. Wir nehmen Hinweise auf solche Vorfälle ernst, unterstützen Betroffene im Rahmen unserer Möglichkeiten und setzen uns für eine faire Aufklärung ein.



Wir achten die Freiheit der Meinungsbildung, das Recht auf sachlichen politischen Widerspruch und die gleichberechtigte Mitwirkung aller Mitglieder. Demokratische Meinungsverschiedenheiten, sachliche Kritik und die zulässige Wahrnehmung von Beschwerde- und Verfahrensrechten dürfen nicht zu Ausgrenzung oder Benachteiligung führen.

Solidarität umfasst die Bereitschaft, Fehlverhalten anzusprechen, Verantwortung zu übernehmen und Betroffene zu schützen. Sie verlangt weder die Billigung noch die Verdeckung rechtswidrigen oder menschenverachtenden Verhaltens. Bei der Aufklärung von Vorwürfen gewährleisten wir den Schutz Betroffener, eine unvoreingenommene Prüfung und die Möglichkeit der Beteiligten, Stellung zu nehmen. Dabei wahren wir die Rechte aller Beteiligten.“

### Begründung

Solidarität ist ein Grundwert der Sozialdemokratie. Sie muss sowohl im Umgang der Partei mit ihren Mitgliedern als auch im Verhalten der Mitglieder untereinander verlässlich erfahrbar sein. Jedes Mitglied soll darauf vertrauen können, bei Angriffen auf seine Würde, seine persönliche Sicherheit oder seine demokratischen und satzungsmäßigen Rechte Unterstützung zu erhalten.

Dieser Anspruch gilt gleichermaßen für Mitglieder mit und ohne Funktion sowie für innerparteiliche Mehrheiten und Minderheiten. Die Bereitschaft, Menschen zu schützen und ihre Rechte zu achten, darf weder von persönlicher Nähe noch von politischem Einfluss oder der Übereinstimmung in einzelnen Sachfragen abhängen.



Die Bedeutung ausdrücklicher Wertebekenntnisse zeigt sich auch in der von der SPD mitgestalteten Einbürgerungspolitik. § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 1a des Staatsangehörigkeitsgesetzes verlangt bei der Anspruchseinbürgerung grundsätzlich Bekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen. Das letztgenannte Bekenntnis umfasst insbesondere den Schutz jüdischen Lebens, das friedliche Zusammenleben der Völker und das Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

Staatsangehörigkeit und Parteimitgliedschaft sind rechtlich unterschiedliche Verhältnisse. Die gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen lassen sich deshalb nicht auf Parteimitglieder übertragen. Politisch lässt sich daraus jedoch ein Anspruch an die eigene Glaubwürdigkeit ableiten: Wer die Bedeutung ausdrücklicher Bekenntnisse zu gemeinsamen Werten betont, sollte auch innerhalb der eigenen Organisation klar benennen, welche Verantwortung daraus für das tägliche Handeln erwächst.

Das neue Grundsatzprogramm bietet die Gelegenheit, diese Verantwortung als gemeinsamen politischen Maßstab festzuhalten. Ein ausdrückliches Solidaritätsbekenntnis kann das Vertrauen der Mitglieder stärken und Orientierung im Umgang mit Diskriminierung, Bedrohungen und innerparteilichen Konflikten geben.

Solidarität und demokratische Streitkultur gehören zusammen. Sachliche Kritik, unterschiedliche politische Auffassungen und die Aufklärung von Fehlverhalten müssen möglich sein. Der Schutz Betroffener ist dabei mit fairen Verfahren und der Wahrung der Rechte aller Beteiligten zu verbinden.



Mit diesem Antrag wird ein programmatischer Grundsatz vorgeschlagen.

Für Rückfragen stehe ich dir gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Mete